



Palästinensische Gemeinde Deutschland Hannover e.V.

Palästinensische Gemeinde Deutschland – Hannover e.V. • 30047 Hannover

Hannover, den 12. Mai 2021

mit großer Beunruhigung über die uns seit Tagen erreichenden Meldungen aus dem Heiligen Land, die israelische Aggressionspolitik und die andauernde Besetzung, Zwangsvertreibung und Missachtung der Heiligen Stätten der Palästinenser wenden wir uns heute an die führenden deutschen Politiker, deren Schweigen und deren nicht eindeutige Haltung zu den in Israel stattfindenden politischen Ereignissen uns bestürzt und entsetzt.

In einem am 27.04.2021 veröffentlichten Bericht der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ stellte diese fest, dass die israelischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nämlich Apartheid und Verfolgung, gegenüber Palästinensern begehen. Die Elemente dieser Verbrechen träten als Teil einer einheitlichen Politik der israelischen Regierung auf. Diese Politik sei darauf ausgerichtet, die Vorherrschaft jüdischer Israelis über Palästinenser in Israel sowie den besetzten Gebieten aufrechtzuerhalten. Die Feststellungen von „Human Rights Watch“ bilden ein deutliches Zeichen des Fortschreitens der aggressiven israelischen Politik und der Unterdrückung in Israel lebender Palästinenser. Diese Entwicklungen wurden von deutschen Politikern nicht beachtet.

Noch immer müssen wir beobachten, dass die Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland das Fortsetzen der Aggressionspolitik Israels gegenüber Palästina tatenlos und schweigend akzeptiert. Angriffe auf Israel hingegen werden umgehend scharf verurteilt. Diese politische Einstellung verschärft den Konflikt und wird von uns zurückgewiesen. Deutschland muss seinen Wert wahren und eine andere Haltung einnehmen.

Der bedauerliche Hintergrund und Auslöser der stattfindenden Ausschreitungen ist der Versuch des korrupten, wegen Untreue, Betrug und Bestechlichkeit angeklagten Politikers Benjamin Netanjahu, sein persönliches politisches Überleben zu sichern, indem er seine persönlichen Interessen mit allen Mitteln durchsetzt und verteidigt. Um diese zu erreichen, ging er auch eine Koalition mit rechtsradikalen jüdischen Extremisten ein. Nachdem Benjamin Netanjahu erneut mit dem Versuch einer Regierungsbildung scheiterte, ermöglichte er auch die radikalen völkerrechtlichen Verbrechen um die Al-Aksa-Moschee und das Sheikh Jarrah Viertel, um eine Mehrheit zu sichern.



Palästinensische Gemeinde Deutschland Hannover e.V.

Es kann nicht akzeptiert werden, nicht mehr tatenlos hingesehen werden, wie extremistische radikale jüdische Gruppen sich über das Völkerrecht hinwegsetzen und Palästinenser systematisch unterdrücken, indem sie unmenschliche Handlungen gegen diese ausüben.

Die Palästinensische Gemeinde Hannover hat wiederholt bewiesen, dass radikale Kräfte nicht toleriert werden dürfen. Wir verlangen und appellieren eindringlich an die Bundesrepublik Deutschland und die demokratischen Parteien, ihre Haltung gegenüber den eskalierenden Konflikten zwischen Israel und Palästina zu überdenken und sich so zu positionieren, dass Menschenrechte geachtet und umgesetzt werden.

Gerade in einem Wahljahr drängen unsere Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten (mittlerweile leben über 300.000 aus Palästina stammende Bürgerinnen und Bürger in Deutschland – die größte palästinensische Gemeinde in Europa) darauf, zu erfahren, wie die jeweiligen deutschen demokratischen Parteien sich gegenüber der Unterdrückung in Israel lebender Palästinenser positionieren und gedenken, ihr Mögliches zu tun, dieser Unterdrückung Einhalt zu gebieten. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Mitglieder, Anhänger und Sympathisanten ein Recht haben, dies zu erfahren und hoffen inständig, mit unserem Appell Ihr Gehör zu finden.

Welche Position nimmt Ihre Partei ein?

Mit freundlichen Grüßen

Palästinensische Gemeinde Deutschland – Hannover e.V.

Dr. Yazid Shammout
Vorsitzender